

herabzugehen. Die Wirtschaft könne sich jedoch darauf verlassen, daß die Reichsbank keinen Augenblick mit einer Diskontermäßigung säumen werde, wenn sie die Überzeugung erlangt habe, daß die Geld- und Kapitalmarktlage dies erlaube. Vor allem aber, so betonte Dr. Schacht mit Nachdruck, müsse man die starken Ansprüche öffentlicher Korporationen an den Kapitalmarkt mit Sorge betrachten. Das sich bildende Kapital müsse in vollem Umfange der Wirtschaft zugute kommen, sonst könne der Zustand eintreten, daß es ihr bei sich bessernder Konjunktur plötzlich an den zur Ausnützung dieser Lage nötigen Geldmitteln fehle. Es sei daher die Pflicht der öffentlichen Körperschaften, sich bei der Geldaufnahme äußerste Beschränkung aufzuerlegen.

Über die Wichtigkeit dieser letzteren Mahnung braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Es ist ja auch an dieser Stelle schon oft genug betont worden, daß von der öffentlichen Finanzgebarung her der Wirtschaft immer noch besondere Gefahren drohen. Die schematische Kürzung der Verwaltungsausgaben und der Gesamtetats um 20%, wie sie der Reichsverband der deutschen Industrie vorgeschlagen hat, dürfte allerdings undurchführbar sein. Es kommt auch weniger auf bloß ziffernmäßige Sparsamkeit an als auf einen grundsätzlichen Anschauungs- und Stimmungswechsel. Der Geist der »kalten Sozialisierung« muß gänzlich verschwinden, nicht nur daß man ihm die Bewegungsfreiheit einschränkt.

Einigen Grund zum Optimismus kann man auch in den Berichten über die internationalen Bestrebungen zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft finden. Die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz, auf der auch Deutschland vertreten war und eine beachtliche Rolle spielte, obwohl es noch nicht im Völkerbund ist, hat zwar noch keine durchschlagenden Beschlüsse fassen können, aber der Ton, der die Aussprachen dort beherrschte, war erfreulich vernünftig und läßt einen guten Fortgang der aufgenommenen Arbeiten erhoffen. Als wichtigste Aufgabe ist allgemein die Stabilisierung der noch unsicheren Währungen Europas anerkannt worden. Der Verfall des französischen und belgischen Franken, die Unsicherheit der italienischen Lira, das Elend des polnischen Zloty und des rumänischen Lei reden ja auch eine unmißverständliche Sprache. Nicht minder bedenklich sind die neuen Krankheitserscheinungen, die auch der russische Tschermonek erkennen läßt. Es ist nun wohl kein Zufall, daß sich gerade um die Zeit der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz der Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York, Benjamin Strong, nach Europa auf die Reise gemacht hat. Bekanntlich besteht bereits zwischen der Reichsbank, der Bank von England und der erwähnten führenden Bank der Vereinigten Staaten von Amerika ein sogenanntes Gentleman Agreement zur gegenseitigen Stützung der Währungsstabilität. Über das Programm der Europareise Benjamin Strong's melden nun die Wallstreetblätter, daß Strong im Verfolg des erwähnten Gentleman Agreement mit Norman, dem Gouverneur der Bank von England, und Vertretern der Deutschen Reichsbank, belgischen Nationalbank, der Bank von Frankreich, der italienischen, österreichischen und tschechoslowakischen Noteninstitute über internationale Währungsfragen zu verhandeln beabsichtige. Von London begeben sich Strong und Norman nach Brüssel, um die Stabilisierung der belgischen Währung in die Wege zu leiten. Hernach ist ein Höflichkeitsbesuch bei Dr. Schacht vorgesehen. Von Berlin führt die Reise nach Warschau, wo Besprechungen mit der polnischen Regierung und der Bank Polska über Maßnahmen zur Sanierung der polnischen Währung stattfinden sollen. Die Rundreise schließt mit einem Besuch in Paris. Sollte das Ergebnis der Besprechungen mit den maßgebenden Finanzleuten Frankreichs günstig ausfallen, so wird nach der Regelung der amerikanisch-französischen Schuldenfragen der Banque de France der Beitritt zum Gentleman Agreement gestattet werden, um die Stabilisierung der französischen Valuta zu betreiben. Gelingt, was hier als Absicht angedeutet ist, dann dürften für die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft überhaupt endlich gesündere Bedingungen erwartet werden. Freilich sind auch gerade mit der Stabilisierung noch Gefahren verbunden. Darauf ist ja an dieser Stelle gelegentlich bereits hingewiesen worden. Man wird also die Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

In diesem Zusammenhang wird dann auch die Frage des Dawes-Planes in ein neues Stadium treten. Daß er

in seiner bisherigen Fassung nicht bestehen bleiben kann, dürfte nachgerade allgemein klar geworden sein. Es tauchen auch bereits Reformvorschläge auf. Abschließendes ist darüber jedoch vorläufig nicht zu sagen, da sehr viel eben von den Stabilisierungs- und Verständigungsmahnahmen und -erfolgen im übrigen Europa abhängt. Nach den bisherigen Vorgängen in Polen wie in Belgien ist zu vermuten, daß die amerikanische Hochfinanz nach dem Muster des Dawesplanes auch für die andern Staaten entweder bereits ähnliche Maßnahmen in Vorbereitung hat oder anstreben wird. In den Rahmen dieser allgemeinen Dawesierung der europäischen Wirtschaft wird sich voraussichtlich dann der reformierte Plan für Deutschland einzufügen haben. In einer solchen gesamteuropäischen Regelung wird dann möglicherweise auch das Transferproblem, das vorläufig die größten Schwierigkeiten birgt, eine einfachere Lösung finden können. Bisher ist bekanntlich der Reparationsagent gehalten, die in Reichsmark anfallenden Reparationsleistungen nach Ausführung der nur beschränkt möglichen Transferierungen in Deutschland zu thesaurieren, um die deutsche Währung nicht zu gefährden. Da er weiter gehalten ist, die Gelder, sofern bestimmte Summen überschritten sind, in Deutschland nutzbringend anzulegen, könnten diese gewissermaßen als Zwangssparnisse der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Die Freude darüber wird aber durch gewichtige Bedenken getrübt. Die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt bei diesen Anlagen läge allein beim Reparationsagenten. Würde er die Anlagen unparteiisch zum Besten der deutschen Wirtschaft vornehmen oder könnte er nicht auch andere Ziele verfolgen? Wäre nicht z. B. eine Beeinflussung unserer Agrarwirtschaft auf diesem Umwege möglich in einer Weise, die mehr der überseeischen Farmerschaft und ähnlichen Interessenten nützte als den eigentlichen deutschen Interessen? Es ist also wünschenswerter, daß entweder durch eine grundstürzende Reform des ganzen Reparationsproblems das Transferproblem überhaupt beseitigt wird oder daß sich wenigstens eine Lösung im Rahmen einer gesamteuropäischen Regelung der Art finden ließe, die zum mindesten die Gefahren des Thesaurierungsproblems mildert. Gefahren von dieser Seite her werden ja immer bestehen bleiben, solange wir nicht wirklich wieder ganz frei werden. Man muß also letzten Endes wünschen, daß die Vernunft schließlich doch in diese Richtung führt.

Bezüglich der Lage in der graphischen Industrie lassen die Berichte des Reichsarbeitsblattes keine wesentlichen Veränderungen erkennen. Die Lage der Buchbindereien in Berlin und in Sachsen wird als schlecht bezeichnet. Anderwärts ist sie etwas günstiger. »Der Geschäftsgang in den Buchdruckereien war schleppend. Aufträge der größeren Kunden, besonders der Industrie, fehlen vollkommen.« »Im Zeitungsgewerbe ging die Zahl der Abonnenten vielfach zurück. Das Ostergeschäft wies gegen das Vorjahr erheblichen Rückgang auf. Der vorübergehenden Erleichterung in Geschäftsdrucksachen ist ein neuer Stillstand gefolgt.« In den Berichten der preussischen Handelskammern heißt es:

In der Zellstoffindustrie wurden die Anforderungen der deutschen Papierfabriken erst gegen Monatschluß lebhafter.

Die Lage der Papierindustrie war nicht einheitlich. Der Absatz ins Ausland erfuhr noch keine Besserung. Das Angebot von Rohstoffen war reichlich, eine Preisentkung jedoch noch nicht zu verzeichnen. Es wird über Unterbieten aus dem Auslande und darüber geklagt, daß Ankäufe aus Konkursmassen und Geschäftsaussichten das Geschäft beeinträchtigen.

Die Schriftgießereien und Hemigraphischen Anstalten waren schwach beschäftigt, ebenso die Buch- und Steindruckereien. Das Unwesen der Schleuderpreise nahm einen bedrohlichen Umfang an. Es ist keine Seltenheit, daß Kalkulationen, die Kunden auf Anfragen von verschiedenen Betrieben erteilt werden, in den Endziffern Differenzen bis zu 60 v. H. aufweisen. Auch im Zeitungsgewerbe ist von einer Besserung der Lage noch nichts zu merken. In Geschäftsdrucksachen und Kalendern ist die vorübergehende Erleichterung des Geschäftsganges kurz vor Ostern zum Stillstand gekommen.

Über die Lage speziell der Papierindustrie berichtet die Industrie- und Handelszeitung:

Die Lage der Papierindustrie im April war nicht einheitlich. Einerseits wird eine weitere Verschlechterung berichtet. Andererseits kann eine wenn auch sehr geringe Besserung infolge einer Belebung des Inlandsmarktes festgestellt werden. Der Absatz zum